Beschlussprotokoll des Grossen Rates des Kantons Graubünden

Montag, 18. April 2011
Eröffnungssitzung

Vorsitz:	Standespräsidentin Christina Bucher-Brini / Standesvizepräsident Ueli Bleiker		
Protokollführer:	Domenic Gross		
Stellvertretung:	Monigatti Dario, Brusio	für	Plozza Rodolfo, Brusio (†)
	Pedrini Carlo, Soazza	für	Fasani Rodolfo, Mesocco
	Gugelmann Edith, Sils i.D.	für	Pfenninger Johannes, Rodels
	Haltiner Markus, Klosters Dorf	für	Vetsch Roger, Klosters Dorf
	Fausch Hanspeter, Seewis	für	Hardegger Urs, Seewis
	Müller Emil, Susch	für	Conrad Roland, Zernez
	Toutsch Domenic, Zernez	für	Bezzola Jachen, Zernez
	Jenny-Marugg Josias, Klosters Dorf	für	Meyer-Grass Maria, Klosters Dorf
	Vincenz Patric, Savognin	für	Fontana Giatgen Peder, Salouf
	Michel Yvonne, Igis	für	Claus Bruno W., Chur
	Müller Marco, Haldenstein	für	Nigg Ernst, Landquart
Präsenz:	anwesend 119 Mitglieder		
	entschuldigt: Grass		
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr		

---

1. Kantonale Volksinitiative «Für gerechtere Wahlen in den Grossen Rat» (Proporzinitiative) (Botschaften Heft Nr. 7/2010-2011, S. 567)

Präsident der Kommission für Staatspolitik und Strategie: Marti
Regierungsvertreter: Schmid

I. Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung
Die Kantonale Volksinitiative «Für gerechtere Wahlen in den Grossen Rat» (Proporzinitiative) sei für ungültig zu erklären.

Antrag Davaz
Rückweisung Geschäft an die Regierung mit folgenden Unteranträgen:
1) Die Regierung wird beauftragt, die Initianten der Initiative anzuhören.
2) Die Regierung erarbeitet eine Vorlage gemäss Initiative ergänzt mit der Schaffung von Wahlkreisverbänden.

1. Abstimmung
Der Grosse Rat lehnt den Antrag Davaz mit 108 zu 4 Stimmen ab.

2. Abstimmung
Der Grosse Rat erklärt die Kantonale Volksinitiative «Für gerechtere Wahlen in den Grossen Rat» (Proporzinitiative) mit 109 zu 4 Stimmen für ungültig.

2. Anfrage Candinas betreffend Arbeitsstellen der öffentlichen Verwaltung in den einzelnen Regionen des Kantons

Erstunterzeichner: Candinas
Regierungsvertreter: Schmid

Antrag Candinas
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

3. Anfrage Stiffler (Davos Platz) betreffend Nachlasssteuern zwischen Geschwistern

Erstunterzeichner: Stiffler (Davos Platz)
Regierungsvertreter: Schmid

Antrag Stiffler
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

4. Auflösung des Konkordats betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft in Zollikofen (Botschaften Heft Nr. 9/2010-2011, S. 749)

Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur: Locher Benguerel
Regierungsvertreter: Trachsel

I. Eintreten

Antrag Kommission und Regierung
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung

Antrag Kommission und Regierung

2. Der Aufhebung des Konkordates betreffend die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft zuzustimmen.
3. Der Aufhebung des Gesetzes über den Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat für die Errichtung und den Betrieb eines landwirtschaftlichen Technikums zuzustimmen.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt der Aufhebung des Konkordates mit 70 zu 0 Stimmen zu.

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt der Aufhebung des Gesetzes über den Beitritt des Kantons Graubünden zum Konkordat für die Errichtung und den Betrieb eines landwirtschaftlichen Technikums mit 94 zu 0 Stimmen zu.

5. Fraktionsanfrage FF betreffend den vielen nicht mehr gebrauchten Bauten in der landwirtschaftlichen Zone (Erstunterzeichner Casutt)

Erstunterzeichner: Casutt
Regierungsvertreter: Trachsel

Antrag Casutt
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

6. Anfrage Nick betreffend Bodennutzung im Bündner Rheintal

Erstunterzeichner: Nick
Regierungsvertreter: Trachsel

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

7. Fraktionsauftrag FDP betreffend den Abbau von bürokratischen Hürden bei der Gebäudesanierung (Erstunterzeichner Nick)

Erstunterzeichner: Nick
Regierungsvertreter: Trachsel

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag im Sinne ihrer schriftlichen Ausführungen zu überweisen.

Antrag Nick
Der Auftrag sei im Sinne der Auftraggeber zu überweisen.

III. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne der schriftlichen Ausführungen der Regierung mit 59 zu 38 Stimmen.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

Fraktionsauftrag SP betreffend Einberufung einer Bündner Energiekonferenz

Im Jahr 2010 hat der Bündner Grosse Rat ein wegweisendes kantonales Energiegesetz erlassen. Darin sind energiepolitische Ziele bis ins Jahr 2035 formuliert. Sie betreffen allesamt den Wärmeverbrauch im Gebäudebereich. Laut Art. 89 BV haben die Kantone aber in weiteren Bereichen der Energiepolitik Kompetenzen und Aufgaben. So etwa bei der Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien sowie beim sparsamen und rationellen Energieverbrauch.

Insbesondere bei der Elektrizität besteht Handlungsbedarf. Laut Bundesamt für Energie ist der Schweizer Stromverbrauch im 2010 um 4 Prozent gestiegen. Ohne weitgehendere Effizienzmassnahmen ist davon auszugehen, dass der Verbrauch weiter steigen wird. Zugleich zeichnet sich ab, dass die Schweiz auf den Bau neuer Atomkraftwerke verzichten wird. Eine Neubeurteilung des gesamten Energiebereichs ist in ganz Europa im Gange und auch dringend notwendig. Aus Sicht der Unterzeich-

nenden ist klar, dass nur eine Energiewende weg von der Kernkraft und den fossilen Energieträgern und hin zu mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien eine Zukunft hat. Denn Grosskraftwerke, die mit endlichen Ressourcen betrieben werden, sind mit grossen Risiken und Problemen behaftet: Atomkraftwerke im Bereich Sicherheit und Endlagerung und Kohle- sowie Gaskraftwerke bei der Klimabelastung.

Bei den neuen erneuerbaren Energien hat Graubünden ein beträchtliches Potential an Sonnenenergie. Die gilt es möglichst auszuschöpfen. Die Installation von Windkraftanlagen kann punktuell Sinn machen, will aber gut koordiniert sein. Die Raumplanung wird gefragter sein denn je.

Graubünden tut gut daran, jetzt die energiepolitischen Weichen zu stellen und sich für die Zukunft fit zu machen. Es braucht eine umfassende Energie-Strategie in allen Bereichen basierend auf den zwei Säulen Energieeffizienz und erneuerbaren einheimischen Energien.

Die Unterzeichnenden beauftragen deshalb die Regierung, eine Bündner Energiekonferenz ins Leben zu rufen. Sie soll aus Exponenten von Wirtschaft, Politik, Forschung, Umweltverbänden und weiteren relevanten Gruppierungen bestehen. Ihre Aufgabe soll es insbesondere sein, einen möglichst breiten Konsens zur Erarbeitung einer Strategie für eine gesicherte Energiezukunft Graubündens mit erneuerbaren Ressourcen zu entwickeln.

Thöny, Pult, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Müller (Davos Platz), Noi-Togni, Peyer, Trepp, Michel (Igis), Monigatti, Pedrini (Soazza)

Fraktionsauftrag SP betreffend Schaffung eines Bündner Energiefonds aus dem Rechnungsabschluss 2010 des Kantons Graubünden

Das Rechnungsjahr 2010 des Kantons Graubünden schliesst sehr erfreulich ab. Statt dem prognostizierten Defizit von 35 Millionen Franken wurde ein Plus von 109 Millionen Franken erwirtschaftet.

Von diesem Mehrertrag soll die ganze Bündner Bevölkerung, aber auch die Bündner Wirtschaft nachhaltig profitieren. Angesichts der grossen Diskussionen um eine sichere Energieversorgung und angesichts der Tatsache, dass der Kanton über grosse natürliche Ressourcen und auch viel Know-how im Bereiche der erneuerbaren Energien verfügt, soll ein Bündner Energiefonds im Umfang von 109 Millionen Franken geschaffen werden.

Aus diesem Fonds sollen in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Forschung sowohl Investitionen in erneuerbare Energien und saubere Technologien (Cleantech) gefördert wie auch Massnahmen, Projekte, Investitionen, Dienstleistungen in diesem Bereich unterstützt werden.

Die Unterzeichneten beauftragen die Regierung, den Gewinn aus der Jahresrechnung 2010 in diesem Sinne in einen Bündner Energiefonds zu überführen und die dazu nötigen Bestimmungen zu erlassen.

Peyer, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Giacomelli, Jaag, Locher Benguerel, Müller (Davos Platz), Noi-Togni, Pult, Thöny, Trepp, Michel (Igis), Monigatti, Pedrini (Soazza)

Fraktionsanfrage SP betreffend Cleantech im Kanton Graubünden

Cleantech bezeichnet eine ressourcenschonende und damit nachhaltige Art des Wirtschaftens. Die Cleantech-Branche umfasst alle Technologieanbieter und Dienstleistungen im Umfeld der Entwicklung, Produktion und Nutzung von Cleantech. Cleantech definiert sich nicht über die Frage „Was wird produziert?“ sondern über die Fragen „Wie wird produziert?“ beziehungsweise „Wofür wird das Produkt verwendet?“. In der Schweiz sind im Bereich Cleantech schätzungsweise 160'000 Personen tätig. Das entspricht 4,5 Prozent aller Beschäftigten. Das Wachstumspotenzial wird als sehr hoch eingeschätzt.

Die Schweiz ist im Cleantech-Bereich heute noch relativ gut aufgestellt, doch sie hat im vergangenen Jahrzehnt an Bedeutung verloren. Der „Masterplan Cleantech Schweiz“ des Bundes ortet deshalb Handlungsbedarf. Die internationale Konkurrenz hat in den letzten Jahren aufgeholt und die Schweiz teilweise deutlich überholt. Mit dem „Masterplan Cleantech Schweiz“, der sich an den Bund, an die Kantone, an Unternehmen und weitere Institutionen richtet, soll die Schweiz wieder eine führende Rolle übernehmen.

In diesem Zusammenhang werden der Regierung folgende Fragen unterbreitet:

1. Wie beurteilt die Regierung den Masterplan Cleantech Schweiz und seine Hauptaussagen sowie grundsätzlich die Bedeutung von Cleantech für die ökologische und ökonomische Zukunft unseres Landes?
2. Welche Rolle sieht die Regierung für den Kanton Graubünden im Zusammenhang mit Cleantech und dessen Chancen und Entwicklungspotentialen?

3. Ist die Regierung bereit, eine Bündner Cleantech-Strategie zu erarbeiten und die Cleantech-Branche im Sinne gezielter Wirtschaftsförderung speziell zu unterstützen?
4. Ist die Regierung allenfalls bereit, das Wirtschaftsentwicklungsgesetz auch dahingehend zu revidieren, dass durch die Förderung geeigneter Ansiedlungen, der Ausbildung von Fachkräften und deren internationalen Vernetzung sowie weiterer geeigneter Massnahmen das Ziel einer eigentlichen Clusterbildung im Bereich Cleantech verfolgt wird?

Pult, Thöny, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Müller (Davos Platz), Noi-Togni, Peyer, Trepp, Michel (Igis), Monigatti, Pedrini (Soazza)

Fraktionsanfrage SP betreffend die Nutzung von Lawinenverbauungen als Träger von Solaranlagen zur Stromgewinnung

In St. Antönien wird das grösste Solarkraftwerk der Schweiz geplant. Die Solarmodule sollen an Lawinenverbauungen mit einer Gesamtlänge von 12 km montiert werden. Die Solaranlage sollte nach jetzigen Schätzungen in der Lage sein, rund 1‘000 Haushaltungen mit Strom zu versorgen.

Angesichts seiner geografischen Lage bietet sich der Kanton Graubünden zur Realisierung solcher Projekte an. Um den grösstmöglichen Solarertrag zu erreichen bieten die höher gelegenen Regionen eine nebelfreie Lage mit hoher jährlicher Sonneneinstrahlung, ideale Lichtreflexion durch Schnee, sowie ganzjährig kühle Temperaturen.

Durch die Nutzung von Lawinenverbauungen als Träger der Solarzellen gibt es keinen neuen Landverbrauch und somit keine weitere Belastung der Umwelt. Ausserdem beabsichtigt das Projekt in St. Antönien die Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze in der abgelegenen Region.

Dieses Projekt soll für Graubünden aufzeigen, dass eine ökologische Stromproduktion und eine dezentrale Selbstversorgung mit erneuerbaren Energien für die höher gelegenen Regionen möglich und sinnvoll ist.

Der Regierung werden deshalb folgende Fragen gestellt:

1. Wie beurteilt die Regierung das kantonale Potenzial des Stromertrages von Lawinenverbauungen als Träger von Solaranlagen, der in ein öffentliches Netz gespeist werden kann?
2. Wie beurteilt die Regierung die Standorte der bestehenden Lawinenverbauungen in Graubünden bezüglich Montage der Anlagen und Netzleitungen zur Einspeisung des gewonnenen Stroms in ein öffentliches Netz?
3. Wie beurteilt die Regierung die regionale Wertschöpfung im technischen, administrativen sowie touristischen Bereich?
4. Welche gesetzlichen Bestimmungen stehen solchen Bauvorhaben entgegen?

Müller (Davos Platz), Jaag, Baselgia-Brunner, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Locher Benguerel, Noi-Togni, Peyer, Pult, Thöny, Trepp, Michel (Igis), Monigatti, Pedrini (Soazza)

Fraktionsanfrage SP betreffend Einführung eines "Bündner Energierappens"

Erneuerbare Energien haben Zukunft, auch wenn sie heute teilweise noch nicht konkurrenzfähig sind mit billiger Bandenergie. Zugleich zeigen auch energetische Sanierungen von Liegenschaften interessante wirtschaftliche Perspektiven auf, weil sie neben Aufträgen für das Gewerbe auch ökologische und ökonomisch nachhaltige Effekte bringen.

Um sowohl die Förderung von erneuerbaren Energieträgern als auch energetische Sanierungen verstärkt zu fördern, scheint es den Unterzeichnenden sinnvoll, dass der Kanton einen entsprechenden Fonds unterhält und diesen auch laufend speist. Eine Möglichkeit dazu wäre, einen "Bündner Energierappen" auf dem Stromverbrauch im Kanton Graubünden zu erheben. Die Erhebung kann unkompliziert erfolgen, und gleichzeitig stellt die Abgabe von 1 Rappen auf jeder Kilowattstunde verbrauchtem Strom keine übermässige Belastung sowohl der Haushalte als auch der Wirtschaft dar.

Die Unterzeichneten stellen der Regierung deshalb folgende Fragen:

1. Welches Potenzial und welche Verwendungszwecke sieht die Regierung in der Erhebung eines "Bündner Energierappens"?
2. Welches wären die durchschnittlichen finanziellen Belastungen für einen Bündner Privathaushalt?
3. Welches wären die finanziellen Belastungen für die Bündner Wirtschaft, resp. welche (beispielhaften) Gewerbe- und Grossunternehmen würden in welcher Höhe belastet?
4. Wie stellt sich die Regierung zur möglichen Einführung einer solchen Abgabe auf dem Stromverbrauch?

Baselgia-Brunner, Peyer, Bucher-Brini, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Müller (Davos Platz), Noi-Togni, Pult, Thöny, Trepp, Michel (Igis), Monigatti, Pedrini (Soazza)

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Christina Bucher-Brini

Der Protokollführer: Domenic Gross